

# **Die Rote Mappe 1971 des Niedersächsischen Heimatbundes**

**Rückblick und Ausblick,  
vorgetragen durch den Vorsitzenden, Dr. Herbert Röhrig,  
Hannover, auf dem 52. Niedersachsentag in Uelzen in der  
Festversammlung am Sonnabend, 4. September 1971**

Herr Landtagspräsident!  
Meine Damen und Herren!

Der Niedersächsische Heimatbund freut sich, Sie alle begrüßen zu dürfen, insbesondere die Herren Bundestags- und Landtagsabgeordneten, die Herren Staatssekretäre, unter ihnen namentlich Herrn Staatssekretär Wedemeyer vom Kultusministerium, der den leider verhinderten Minister vertreten wird, ferner die Herren Regierungs- und Verwaltungspräsidenten, den Herrn Leiter der Klosterkammer, die Herren Vertreter der Kirchen, den Herrn Landrat des Landkreises Uelzen sowie den Herrn Bürgermeister der Stadt Uelzen.

Mit unseren Niedersachsentagen halten wir es ebenso wie die Kaiser des Mittelalters mit ihren Residenzen oder schließlich auch wie das fahrende Volk mit seinem Handel und seinen Schaustellungen: Wir ziehen im Lande umher, machen uns einmal hier und einmal dort für kurze Zeit seßhaft und bemühen uns auf mancherlei Art um die Stadt und die Gegend, in denen wir Gäste sind. Jene alten Kaiser übten Herrschaftsrechte aus, das fahrende Volk bestrebt sich, möglichst viel Geld zu verdienen, beides Dinge, mit denen wir wahrhaftig nichts zu tun haben. Uns geht es darum, Stadt und Land bald hier, bald da einigermaßen kennenzulernen, die jeweiligen Schönheiten, aber auch Schwierigkeiten und besonderen Probleme zu erfassen und bei ihrer Lösung vielleicht ein wenig mitzuhelfen. So lernen wir Jahr für Jahr immer wieder ein neues Stück Niedersachsen kennen, mit seinen besonderen Reizen, aber auch mit seinen besonderen, immer wieder anderen Fragen und Sorgen. Es liegt uns daran, jeden neuen Tagungsort möglichst gegensätzlich zum vorhergehenden zu wählen, und das ist uns jetzt mit Uelzen im Gegensatz zu Goslar wohl wieder besonders gut gelungen.

**Die Niedersachsentage  
ziehen umher**

In Goslar waren wir im Bergland, in Uelzen umgibt uns das norddeutsche Tiefland; die Lüneburger Heide und das Hannoversche Wendland sind nah. Dort wie hier findet der aufgeschlossene Sinn eine Fülle von Schönheiten.

Stand in Goslar die Geschichte und damit die große Vergangenheit im Mittelpunkt unserer Tagung, so sind es in Uelzen Gegenwart und Zukunft. Zwar befinden wir uns auch hier in einer alten Stadt - sie hat gerade ihr 700jähriges Bestehen gefeiert -, aber Gegenwart und Zukunft scheinen uns hier so besonders vieler Überlegungen zu bedürfen, daß sie auch unsere ganze Aufmerksamkeit verdienen. Heimatarbeit ist ja nicht nur die Liebe zu großer Geschichte und ihren Zeugen, sondern viel mehr noch die Sorge um ein würdiges Leben der Menschheit heute und künftig. Dafür aber ist gerade Uelzen ein gutes Beispiel.

Wenige Kilometer ostwärts von hier verläuft die Zonengrenze mit ihrem Todesstreifen; wir alle wissen seit mehr als zwei Jahrzehnten, welche tiefgreifenden Schäden alles Land in der Nähe dieser Grenze erlitten hat und immer weiter erleidet. Handel und Wandel liegen danieder, Not und Elend regieren, das junge Volk zieht fort und sucht sich anderswo bessere Lebensbedingungen, die alten Leute bleiben zurück, ganze Dörfer verfallen und sterben aus. Das Hannoversche Wendland ist ein besonders bezeichnendes Beispiel dafür.

Die staatliche Landesplanung nimmt sich der Dinge an und bemüht sich, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Geeignete Städte werden zu sogenannten „zentralen Orten“ erklärt, sie sollen gefördert, in jeder Weise gestärkt, ausgebaut und damit in die Lage versetzt werden, in das Umland auszustrahlen und ihm in seiner Schwäche zu helfen.

Diese Aufgabe hat auch Uelzen zu erfüllen, und das bedeutet ein Denken und Handeln in neuen Dimensionen. Symbol dafür ist das Rathaus, sichtbares Zeichen des Bürgersinns aus vielen Jahrhunderten, aber nun zu klein geworden für all das Neue, mit dem die Verwaltung fertig werden muß. Der Rat will künftig im alten Hause die Geschichte der Stadt darstellen, für die Arbeit der Gegenwart aber ein neues Rathaus bauen und damit zeigen, daß sich die alte Stadt der größeren Aufgaben bewußt ist.

Das Rathaus aber ist nur ein Einzelfall; auch viele Bürgerbauten sind überaltert, müssen abgerissen und neu erbaut werden. Jene „Altstadtsanierung“, mit der sich fast alle alten Städte mühsam herumschlagen, ist auch hier dringend nötig. Wir hören gern die Bekundung der Stadt, daß man den historischen Straßengrundriß erhalten und den Maßstab des Stadtbildes wahren wolle. Möge man das wirklich immer im Auge behalten! Hochhäuser überall, auch wo sie ihre Umgebung erschlagen - das ist leider eine Parole, der gar zu oft und gar zu bedenkenlos gefolgt wird. Möge sich Uelzen davon nicht anstecken lassen!

Bei allen sogenannten Sanierungsplänen besteht überdies immer eine weitere Gefahr, daß man nämlich dem gewachsenen Grün zu Leibe geht und es durch Asphalt, Stein und Beton ersetzt. Wenn wir uns recht erinnern, war die Bahnhofstraße noch vor zehn oder zwanzig Jahren eine Lindenallee; wie nackt und armselig sieht sie dagegen jetzt aus! Man hat uns berichtet, die Lüneburger und die Veerßer Straße sollten nun breit für den Durchgangsverkehr ausgebaut werden, und dafür müßten auch dort die Bäume fallen. Ein kluger Mann hat einmal gesagt, es könne die Zeit kommen, in der man auf breit ausgebauten Straßen überall hingelangen könne, es für diese Fahrten aber keine Ziele mehr gäbe, weil alle Schönheit dem Verkehr geopfert worden sei. Das ist keine Übertreibung, es gibt Beispiele dafür. Möge sich Uelzen bemühen, soviel wie möglich Grün im Stadtbild zu erhalten; es ist wichtig für das Auge, für die Sauberhaltung der Luft und vieles andere mehr.

Mit Freude hören wir dagegen von den vielen Maßnahmen zur Landschaftspflege, die von der Stadt in ihrem Umland geplant werden. Bösen Absichten, aus der Ilmenau einen Kanal zu machen, konnte sie begegnen und sich stattdessen für einen behutsamen Ausbau des Flusses einsetzen, der zwar das Hochwasser abführt, gleichzeitig aber die wertvolle Auelandschaft erhält. Sie soll besser als bisher in das Stadtgebiet eingebunden und der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

Eine Gefahr für die Flußniederung ist die dringend nötige Umgehungsstraße der B 4, die das Tal berühren und kreuzen muß. Man sollte sie sorgfältig in die Landschaft eingliedern, namentlich auch die Brücken, damit kein Riegel für das Auge entsteht.

## **Gegenwart und Zukunft in Uelzen**

## **Denken und Handeln in neuen Dimensionen**

## **Altstadtsanierung**

## **Grün im Stadtbild erhalten!**

## **Ilmenau behutsam ausbauen**

Auch von anderer Seite ist das Ilmenautal bedroht; die Wiesen verwildern und beginnen sich allmählich in Wälder zu verwandeln, weil es für die Landwirtschaft nicht mehr rentabel ist, dort Vieh weiden zu lassen. Diese Erscheinung ist ja landauf, landab zu beobachten; es wird besonderer Maßnahmen bedürfen, um ihr entgegenzuwirken. Wir kommen noch darauf zurück.

Der eigene Stadtwald im Westen der Stadt ist in Gefahr, von Straßen durchschnitten zu werden; damit befindet er sich in gleicher Lage wie eine ganze Anzahl anderer Wälder im Lande Niedersachsen, die noch zu erwähnen sein werden. Stattdessen scheint es auch hier ohne weiteres möglich zu sein, die Straßen um den Wald herumzuführen. Uelzen hat die Absicht, gerade in diesem Wald besondere Erholungseinrichtungen zu schaffen; man sollte das unter keinen Umständen durch Straßenbauten verhindern.

Der Elbe-Seitenkanal mit seinem Hafen wird Uelzen neue wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnen. Es bestehen Pläne, dabei auch an Erholungsgebiete mit einem künstlichen See zu denken; das sind erfreuliche Aussichten.

Damit möchten wir uns von der gastgebenden Stadt verabschieden und ihr noch einmal herzlich dafür danken, daß man uns ein Jahr lang bei der Vorbereitung dieser Tagung in vielfacher Weise tatkräftig geholfen und alles getan hat, uns den Aufenthalt hier inhaltsreich und erfreulich zu gestalten.

Lassen Sie uns nun wieder wie jedes Jahr dazu übergehen, bestimmte Probleme anzusprechen, die uns beschäftigt haben und noch beschäftigen. In unseren Beratungen während des letzten Jahres und auch in den zahlreichen Zuschriften, die wir als Beiträge zur Roten Mappe bekommen haben, nahm ein großer Komplex auch jetzt wieder den weitaus meisten Raum ein, nämlich Naturschutz und Landschaftspflege oder, um es mit einem seit wenigen Jahren üblich gewordenen Wort zu bezeichnen, Umweltschutz.

Es hat ganz sicher seine tiefen Gründe, wenn sich diese Dinge gegenüber anderen Aufgaben, von denen auch noch zu sprechen sein wird, mehr und mehr in den Vordergrund schieben. Der Druck technischer Ansprüche auf Luft und Wasser, auf die Landschaft mit Pflanze und Tier, auf diejenigen Seiten des Menschen, die nicht dem technischen Funktionieren untertan sind, wird immer größer, immer härter, immer erbarmungsloser. Wir sehen mit Freude, daß auch der Widerstand gegen diesen Druck immer stärker wird, in allen Schichten der Bevölkerung und allen Stufen des Alters. Um so mehr betrachten auch wir es als unsere Pflicht, auf viele Tatsachen und Vorgänge im Lande Niedersachsen hinzuweisen, die uns als Sünde wider den Menschen und wider die Natur erscheinen, oder die andererseits Einsicht erkennen und Besserung erhoffen lassen.

Ein paar grundsätzliche Dinge seien vorab erwähnt, und zwar wie seit sieben Jahren immer wieder jener Fonds für Landespflege, dessen Verwirklichung so weit entfernt wie je zu liegen scheint, obwohl seine Notwendigkeit einleuchten sollte. Wir wiederholen auch jetzt wieder: Wir denken keineswegs an Steuergelder, sondern an eine private Vermögensmasse, die jenem gemeinnützigen Zweck gewidmet werden sollte.

Über die Klosterkammer sagen wir seit einem Jahrzehnt und länger unsere Meinung immer wieder dahin, daß ihre Selbständigkeit unter keinen Umständen angetastet werden dürfte. Der Herr Kultusminister hat uns in Goslar darauf verwiesen, die Landesregierung habe einen Sonderbeauftragten eingesetzt, der ein Gutachten über Klosterfonds und Klosterkammer erstatten solle. Wir glauben, daß dieses Gutachten längst vorliegt, wissen aber nicht, wie es ausgefallen ist. Die Öffentlichkeit ist sehr daran interessiert, das Für und Wider kennenzulernen; wir bitten deshalb die Landesregierung, das Gutachten herauszugeben. Inzwischen haben sich auch die beiden Kirchen zum Wort gemeldet und in einem ausführlichen Rechtsgutachten erklärt, der Staat habe aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht das Recht, die verschiedenen Fonds auch nur im geringsten anzutasten.

**Den Stadtwald nicht von Straßen zerschneiden lassen!**

**Allgemeines über Umweltschutz**

**Immer wieder:  
Fonds für Landespflege**

**Klosterfonds und Klosterkammer nicht antasten!**

Wenige Tage später wurde die Öffentlichkeit und wurden wir überrascht durch Zeitungsmeldungen, das Landeskabinett habe beschlossen, die Bewirtschaftung des Forstbesitzes der Klosterkammer zum Beginn des kommenden Jahres der Landesforstverwaltung zu übertragen. Zur Beurteilung dieser Maßnahme muß man die Grundeinstellung der Landesregierung zu Klosterfonds und Klosterkammer kennen. Sie ist eindeutig negativ, wie aus gedruckten und veröffentlichten Äußerungen hervorgeht. Man möchte den Klosterfonds abschaffen, wagt sich an ihn aber noch nicht heran, weil offenbar auf allen Seiten Einigkeit darüber besteht, daß dazu eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit im Landtag erforderlich wäre, die nicht zu erzielen ist.

Infolgedessen bemüht man sich aber wenigstens, die Klosterkammer systematisch auszuhöhlen. Der erste Schritt ist die Fortnahme der Forstverwaltung, ihm will man die Fortnahme der Landwirtschaftsverwaltung folgen lassen, und das wird dann scheinbar so lange weiter betrieben werden, bis vielleicht doch das Ziel erreicht ist, den Klosterfonds in die großen Taschen des Staates zu stecken und damit in der Anonymität aufgehen zu lassen.

### **Erster Schritt: Fortnahme der Forstverwaltung**

Die Eigenständigkeit des Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds mit ihrem in der Verfassung verankerten Recht auf abgesonderte Verwaltung ist seit seinem Bestehen von allen Regierungen respektiert worden. Weder nach 1866 noch in der Weimarer Zeit noch während der nationalsozialistischen Herrschaft hat man an diesen Grundsätzen gerührt. Heute aber, ausgerechnet in einer Zeit, in der man sich wieder auf den Nutzen und die Bedeutung selbständiger öffentlich-rechtlicher Stiftungen besinnt - wie die Gründung der Volkswagenstiftung und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zeigt -, will man eine der ältesten und bedeutendsten Kulturstiftungen antasten.

Man versucht, uns und andere Gegner mit der Zusage zu beschwichtigen, der Klosterfonds solle von der Landesforstverwaltung jährlich einen Anteil am Ertrag bekommen, mindestens jedoch 250 000,- DM. Das solle alle fünf Jahre überprüft werden. Wer garantiert dafür, daß diese Überprüfung nicht auch nach unten durchgeführt wird und schließlich zu dem Ergebnis einer völligen Streichung kommt?

Schließlich wird auf die Stellungnahme des früheren Landwirtschaftsministers und jetzigen Fraktionsvorsitzenden der CDU Hasselmann verwiesen, der sich auch für eine Zusammenlegung der beiden Forstverwaltungen ausgesprochen habe. Wir wissen aber, daß er seinen Vorschlag nicht weiter verfolgt hat, als er die Verfassungswidrigkeit erkannte.

Der in hohem Ansehen auch bei der Landesregierung stehende Staatsrechtler Werner Weber hat in seinem vor Jahren erstatteten Gutachten die nun erklärte Absicht der Landesregierung für rechtswidrig erklärt; die evangelische und die katholische Kirche haben es in ihrem gemeinsamen Gutachten noch viel schärfer getan. Wenn das von der Regierung selbst bestellte und vom Kultusminister uns gegenüber hervorgehobene Gutachten des eigenen Beamten zu einem anderen Ergebnis kommt - warum hält man es dann so ängstlich geheim?

Eine wirkliche Reform wäre eine Zusammenfassung der verschiedenen Fonds zu einer einheitlichen Stiftung öffentlichen Rechts. Sie sollte geeignete Organe haben, ihr Aufgabengebiet gegenüber der Volkswagenstiftung abgrenzen und sich vorwiegend wie bisher der Landespflanze im weitesten Sinne widmen.

### **Wirkliche Reform: Große einheitliche Stiftung!**

Wir wiederholen, was wir seit Jahren immer wieder vortragen: Jederzeit Erwägungen über eine wirksamere und ertragreichere Verwaltung, aber niemals Eingriffe in Substanz und Entscheidungsfreiheit!

Die Kirchen protestieren, und ein großer Teil der Landtagsabgeordneten tut es ebenfalls; wir schließen uns mit allem Nachdruck diesen Stimmen an. Auch wir protestieren hiermit in aller Form!

### **Protest gegen den Eingriff**

Über ein Landesgesetz sind wir ganz besonders erfreut, nämlich über das sogenannte Kiesgrubengesetz, das bisher den umständlicheren Arbeitstitel Gesetz zur Verhütung von Landschaftsschäden durch Entnahme von Bodenbestandteilen, ist nun aber unter jenem prägnanteren Namen im Landtag eingebracht worden. Wir hoffen keinen falschen Stolz zu entwickeln, wenn wir darauf verweisen, daß wir dieses Gesetz vor einem Jahrzehnt zuerst angeregt und eine bei uns ausgearbeitete Fassung vorgelegt haben. Der Inhalt ist inzwischen mehrfach neu formuliert worden; wir sind auch mit der jetzigen Fassung einverstanden.

## **Kiesgrubengesetz nach unserer Anregung**

Zahlreiche Beiträge zur Roten Mappe dieses Jahres berichten über viele Fälle von Schäden in der Landschaft, die durch Sand- und Kiesgruben entstanden sind und nicht wieder beseitigt werden. Wir verzichten darauf, sie im einzelnen aufzuführen, sondern geben der Hoffnung Ausdruck, daß das neue Gesetz Abhilfe schaffen wird, also nicht nur bei künftig entstehenden, sondern auch bei schon vorhandenen Schäden.

Über ein anderes Gesetz, zu dem wir uns schon im vorigen Jahr geäußert haben, kann man durchaus verschiedener Meinung sein, nämlich über das Spielbankgesetz. Wenn sich der Landtag entschließt, es zu erlassen, so sollten die Überschüsse auch der Landespflege in unserem Sinn zugute kommen. Auf Grund unserer Eingabe hat der Landtag den Entwurf entsprechend ergänzt, so daß wir in dieser Richtung nun keine Wünsche mehr haben.

## **Spielbankgesetz: Überschüsse für Landespflege**

Der Text dieser Roten Mappe war schon formuliert, als der Bericht der Landesregierung über den Stand des Umweltschutzes und der Umweltpflege in Niedersachsen erschien. Er stimmt auf diesem Teilgebiet so weitgehend mit unseren Feststellungen, Kritiken, Mahnungen und Forderungen überein, daß wir unsere fertige Niederschrift nirgends zu berichtigen, sondern nur ein paar Hinweise einzufügen brauchten. Man könnte versucht sein zu sagen: Jetzt hat auch die Landesregierung eine Rote Mappe herausgegeben!

## **Rote Mappe der Landesregierung**

Einige Abschnitte, die uns ganz aus der Seele gesprochen sind, seien zitiert:

„Die Landesregierung begrüßt, daß die Diskussion um den Umweltschutz in der Öffentlichkeit einen breiten Raum einnimmt. Nur das große Interesse der Allgemeinheit wie des einzelnen Bürgers schafft das notwendige Verständnis für unumgängliche Einschränkungen, für Verbote und für Ahndungen, die im Interesse der Gesundheit der Menschen und der Erhaltung der Natur erforderlich sind.“

„Die Landesregierung ist daher entschlossen, zur Sicherung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung dem Umweltschutz den ihm gebührenden Stellenwert einzuräumen. Sie weiß sich darin in Übereinstimmung mit dem Willen der Mehrheit unseres Volkes.“

„Als letztes muß betont werden, daß ein wirksamer Umweltschutz auf die Unterstützung der Gesamtbevölkerung und auf einen ausreichenden Rückhalt in der öffentlichen Meinung angewiesen ist. Die Landesregierung wird die Öffentlichkeit über alle Fragen des Umweltschutzes umfassend unterrichten und mit allen interessierten Kreisen, Organisationen und Verbänden eng zusammenarbeiten.“

Wir gehören seit sechseinhalb Jahrzehnten zu den interessierten Verbänden und hören die zuletzt ausgesprochene Bereitwilligkeit besonders gern. In einigen Punkten werden wir darauf zurückkommen.

Betrachten wir den Bericht als Ganzes, so ist er eine eindrucksvolle Schilderung der bösen Zustände, die insgesamt und im einzelnen fast überall herrschen. Weiter bietet er einen wertvollen Überblick über die gesetzlichen Möglichkeiten zur Beseitigung vorhandener Schäden und zur Abwehr drohender Gefahren, zum Schluß über die von der Landesregierung für erforderlich gehaltenen Maßnahmen. Dieser letzte Teil scheint uns der wichtigste zu sein, also die Antwort auf die kurze Frage: Was geschieht denn nun?

Für das weiche Handeln vieler Behörden hat der Herr Sozialminister bei der Übergabe des Berichtes an die Presse vorsichtig und zurückhaltend gesagt, die Behörden hätten die Gesetze

## **Was geschieht denn nun?**

„nicht immer mit der letzten Konsequenz angewandt“. Wir würden es kräftiger ausdrücken, sind dem Herrn Sozialminister aber dankbar für seine Äußerung, die hoffentlich zu einem Wandel führt.

Hinsichtlich der konkurrierenden Gesetzgebung der Bundesrepublik für Naturschutz und Landschaftspflege können wir nur dasjenige wiederholen, was wir schon im vorigen Jahre erklärt haben, daß wir nämlich ein solches Gesetz sehr begrüßen würden. Der Deutsche Heimatbund und der Deutsche Naturschutzring haben in den ersten Monaten dieses Jahres die Argumente dafür noch einmal in überzeugender Weise zusammengestellt; wir hoffen sehr, daß sich der Bundestag bald entschließt, dieses geradezu unentbehrliche Gesetz zu erlassen. Die Landesregierung hat dem, wie wir ihrem Bericht gern entnehmen, zugestimmt und überdies eine Reihe von Grundsätzen dafür aufgestellt, die ganz unseren ständigen Forderungen entsprechen.

Ein anderes wichtiges Gesetz befindet sich in Niedersachsen in Vorbereitung, nämlich das Waldgesetz. Wir haben den Entwurf erst vor kurzem bekommen und noch keine Gelegenheit gehabt, darüber zu beraten. Auf jeden Fall sind Bestimmungen zum Schutz von Wäldern dringend nötig, wie die noch zu erwähnenden Beispiele aus dem Bezirk Oldenburg und dem Landkreis Grafschaft Hoya zeigen. Der Herr Landwirtschaftsminister persönlich und die Herren seines Hauses haben mehrfach zum Ausdruck gebracht, wie sehr ihnen Naturschutz und Landschaftspflege am Herzen lägen; darüber konnten wir auch ein ausführliches Gespräch mit ihnen führen, an das wir gern denken.

Ganz wichtig scheint es uns auch zu sein, eine Landesanstalt für Umweltschutz zu schaffen, deren Aufgabe es sein würde, die vielen Arbeiten wissenschaftlicher und pflegerischer Art, die jetzt verstreut im Lande geleistet werden, zusammenzufassen und zu koordinieren. In Göttingen besteht erfreulicherweise schon ein Zusammenschluß von mehreren Universitätsinstituten unter der Bezeichnung „Studien- und Forschungszentrum für Umweltanalyse und Umweltschutz“. In Braunschweig hat sich eine „Arbeitsgemeinschaft für Umwelt- und Naturschutz“ gebildet und ist schon mit wertvollen, gut durchdachten Vorschlägen hervorgetreten. Das sind erfreuliche Ansätze, aus denen sich eine größere Breitenwirkung entwickeln sollte. Einzelne unserer Freunde fordern ein entsprechendes Institut für das Küstengebiet, weil dort gerade jetzt besondere Probleme auftreten, doch sollte man von vornherein einen möglichst großen Rahmen ins Auge fassen.

Zu begrüßen ist auch die Nachricht, daß der Niedersächsische Justizminister angeordnet hat, in jeder der elf Staatsanwaltschaften des Landes sollten ein oder mehrere Staatsanwälte besonders für Verstöße gegen Vorschriften zur Reinerhaltung der Umwelt zuständig sein. Überdies sollen die vielen bundes- und landesrechtlichen Gesetze und sonstigen Rechtsquellen, die sich mit dem Umweltschutz befassen, übersichtlich zusammengestellt und die Staatsanwaltschaften auf ihre große Bedeutung hingewiesen werden. Dadurch wird hoffentlich der strafrechtliche Schutz vor Umweltverschmutzern verbessert und verstärkt. Die Gerichte sollten diese Dinge dann aber auch nicht als Bagatelldinge ansehen.

Sehr wichtig ist es auch, möglichst im ganzen Lande Niedersachsen Landespfleger bei der Staats- und Kommunalverwaltung einzusetzen. Bei sieben Regierungs- und Verwaltungspräsidenten sind sie jetzt vorhanden, nur in Osnabrück noch nicht, außerdem in zehn Landkreisen. In einigen Fällen besteht wahrscheinlich im Hinblick auf die Verwaltungs- und Gebietsreform Zurückhaltung, doch sollte überall dort, wo mit Erhaltung der Gebietseinheit zu rechnen ist, ein Landespfleger tätig sein.

Die Naturschutzgebiete selbst sind ständige Ziele von Ansprüchen aller Art, wie wir es schon im vorigen Jahre hervorgehoben haben, beispielsweise Straßenbau, Erholungsverkehr, wasserwirtschaftliche Maßnahmen wie Entwässerung und Abwassereinleitung, Müllablagung, Sand- und Kiesabbau, Gipsindustrie und anderes mehr. Unser Land wird immer dichter besiedelt, um so mehr steigen die Ansprüche an jeden Quadratmeter Boden; um so wichtiger

**Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes dringend nötig**

**Waldgesetz**

**Landesanstalt für Umweltschutz**

**Staatsanwälte für Umweltschutz**

**Landespfleger in der Verwaltung**

**Ständige Angriffe auf die Naturschutzgebiete**

ist es aber auch, diejenigen Kräfte zu mobilisieren, die über jeden Einzelanspruch hinaus einigermaßen das Ganze sehen. Alles das wird im Bericht der Landesregierung noch wesentlich ausführlicher dargestellt.

Von dem neuen Waldgesetz erwarten wir vor allem einen Schutz der Wälder gegen jene Ansprüche; immer wieder wird der Wald offenbar als Landschaftsform des geringsten Widerstandes betrachtet, wenn es darum geht, Straßen zu bauen, Hochbauten zu errichten oder etwa für die Gülleverwertung neue landwirtschaftliche Nutzflächen zu gewinnen. Hier scheint uns ganz einfach ein Denkfehler vorzuliegen, indem manche Leute die Prioritäten unserer Gegenwart noch nicht begreifen. Die Landwirtschaft geht zurück, die Notwendigkeit, Wasser und Luft rein zu halten und den Menschen möglichst umfangreiche Erholungsflächen zu bieten, wird immer größer. Jeder Verantwortliche sollte also endlich begreifen, daß Ackerflächen immer mehr entbehrt werden können, nicht aber Wiesen, Wälder und andere Teile der freien Landschaft.

Auf die besondere Bedeutung der kleinen Wälder in solchen Gegenden, die sonst keinen Überfluß an Waldflächen haben, weisen besonders die Oldenburg-Stiftung und der Landkreis Grafschaft Hoya hin. Wir erwarten mit Sicherheit, im Waldgesetz entsprechende Schutzbestimmungen zu finden.

Die Durchschneidung von Wäldern durch Straßen ist ein immer wiederkehrendes Thema der Roten Karte. Einige Fälle können wir erfreulicherweise erwähnen, in denen die Proteste erfolgreich waren:

Bezüglich des Neuklosterforstes bei Buxtehude hat uns der Bundesverkehrsminister, wie wir schon im letzten Jahre mitteilen konnten, geschrieben, der Wald solle nicht durchschnitten werden. Inzwischen haben sich Landesbehörden doch wieder in anderem Sinne geäußert, doch vertrauen wir auf die verkündete Entscheidung des Bundesministers.

Auch beim Bentheimer Wald wird die Trasse nördlich vorbeigeführt. Der gefährdete Wald ist gerettet, wir können die Sache als erledigt betrachten.

Für den „Rosengarten“ im Landkreis Harburg bestand die Sorge, die Zubringerstraße von Harburg zur Bundesautobahn solle mitten durch ihn hindurchgehen; auch das ist inzwischen anderweitig entschieden worden.

Dasselbe gilt für das Friedeholz bei Syke; der Wald soll östlich umgangen und damit geschont werden.

Der schreckliche Plan, ein Motodrom des ADAC an den Harzrand und damit in den Naturpark Harz zu legen, den wir im letzten Jahre erörtert haben, ist glücklicherweise von der Landesregierung abgelehnt worden, ebenso wie es die Landesregierung Nordrhein-Westfalen mit dem sogenannten Sauerlandring getan hat. Auch hier hatten also die Proteste Erfolg.

Bei der Eilenriede in Hannover liegen umfangreiche Straßenpläne in den Schubladen der Ämter, doch hat sich die Stadt entschlossen, dieses ganze Jahr hindurch der Tatsache zu gedenken, daß sich der Wald 600 Jahre in ihrem Eigentum befindet. Überall werden Schönheit und Wert der mitten im bebauten Gelände liegenden Eilenriede gewürdigt, auch in einer guten, von der Stadtverwaltung herausgegebenen Druckschrift. Von weiteren Straßen durch den Wald ist einstweilen keine Rede, und das läßt nun wieder hoffen.

Ein weiterer Wald, der durch eine Straße gefährdet wird, ist der Lerchensporm-Eichenwald in Stolzenau an der Weser. Er ist von hohem Naturschutz- und Erholungswert und sollte deshalb unbedingt geschont werden.

Mit den Straßenbauten im Raum Wolfsburg-Salzgitter haben wir uns schon im letzten Jahre befaßt. Jetzt müssen wir erneut darauf verweisen, daß diese Straßen bei Braunschweig vier Landschaftsschutzgebiete als die wichtigsten Naherholungsräume von Braunschweig und Wolfenbüttel zerstören und das Europareservat Natur- und Wildschutzgebiet Riddagshausen-Weddel auf das schwerste schädigen. Weiter vernichtet die Nordland-Autobahn in ihrem

## **Schutz der Wälder**

### **Neuklosterforst**

### **Bentheimer Wald**

### **Rosengarten**

### **Friedeholz**

### **Motodrom am Harzrand abgelehnt**

### **Eilenriede**

### **Stolzenau**

### **Wolfsburg – Salzgitter**

Verlauf nach Norden durch das ganze östliche Niedersachsen wertvollste Moore und Bruchwälder, die mit ihrer charakteristischen Flora und Fauna besonders für seltene Sumpf- und Wasservogelarten internationale Bedeutung haben; sogar der Europarat hat in einer besonderen Resolution die Erhaltung dieser Landschaftsteile gefordert. Genauere Unterlagen darüber liegen uns vor.

Die geplante Südharz-Autobahn und eine neue Eisenbahnstrecke Hannover – Kassel werden wahrscheinlich den Naturpark Solling-Vogler schneiden oder berühren. Damit die unvermeidlichen Eingriffe in die Landschaft möglichst schonend geschehen, sollte die Landschaftspflege bei der Planung so früh wie möglich eingeschaltet werden.

Für die Autobahn Bremen-Gießen sollen im Landkreis Grafschaft Diepholz der Länge nach die unter Landschaftsschutz stehenden Staatsforsten „Oberwald“ und „Nechteler Holz“ durchschnitten werden; dadurch würde auch die Brunnengalerie eines geplanten Wasserwerkes nicht mehr gebaut werden können. Auch in diesem Falle ist es unbedingt erforderlich, die Autobahn außerhalb der Wälder zu führen, und zwar am besten westlich daran vorbei.

In Westerbrak bei Bodenwerder will man eine schöne und seltene historische Gartenanlage, die aus dem 17. Jahrhundert stammt und noch kaum erforscht ist, von einer Kreisstraße durchschneiden lassen. Auch hier müßte sich eine andere Lösung finden.

Für die Schnellbahn Hannover – Hildesheim ist bisher eine Linie vorgesehen, die nördlich von Hildesheim durch das Innerstetal führt und damit wieder einmal ein reizvolles Landschaftsgebiet, ein zukünftiges Erholungsgelände der Stadt schwer beeinträchtigen würde. Wie wir hören, wird jetzt eine andere Linie untersucht; man sollte sie unbedingt verfolgen.

Insgesamt haben wir einige Angst, wenn wir an das immer enger werdende Schnellstraßennetz denken, das in allen Richtungen durch das Land führen soll. Wir wiederholen, was wir im Zusammenhang mit Uelzen gesagt haben: Es könnte die Zeit kommen, in der man auf breit ausgebauten Straßen überall hingelangen kann, es für diese Fahrten aber keine Ziele mehr gibt, weil alle Schönheit dem Verkehr geopfert worden ist. In allem Ernst ist noch einmal die Frage zu stellen, ob hier nicht auf die Dauer bestimmte Prioritäten falsch gesehen werden. Wir alle sind Kraftfahrer oder lassen uns wenigstens von Kraftwagen fahren; kann man es aber verantworten, dem Auto derart ungeheuerliche Zugeständnisse an freier Landschaft, an gesundem Städtebau, an Volksvermögen und schließlich an Leben und Gesundheit der Menschen zu machen?

Bei Berum in Ostfriesland sollen 44 ha Privatwald für den Bau von Ferienhäusern beseitigt werden, obwohl sich mehrere Dezernate des Regierungspräsidenten in Aurich dagegen gewehrt haben. Im waldarmen Ostfriesland ist das ein schwerer Eingriff in das Landschaftsgefüge und ein böser Präzedenzfall.

Was dann die Naturschutzgebiete selbst anlangt, so sollten sich Landkreise und Gemeinden immer dessen bewußt bleiben, welches wertvolle Gut in ihre Obhut gegeben ist. Wir haben Fälle ausgezeichnete Pflege schon früher genannt und freuen uns weiter darüber, doch steht leider die Abwehr von Angriffen immer wieder im Vordergrund.

Da auf der anderen Seite die landwirtschaftliche Erzeugung ganz offensichtlich schneller wächst als der Verbrauch, können immer größere Agrarflächen nicht mehr bewirtschaftet werden. Die Bodennutzungserhebung des Jahres 1970 hat gezeigt, daß in der Bundesrepublik schon über 212 000 ha landwirtschaftlicher Nutzflächen brach liegen. Demgegenüber gibt es offenbar vier Möglichkeiten:

Aufforstung, doch wird dadurch die Gestalt der Landschaft vielfach nachteilig verändert, freie Täler werden abgeschlossen, Fernblicke verstellt und schöne Laubwaldränder verdeckt. Überdies ergibt sich die Frage, wer die Kosten trägt.

Weitere Bewirtschaftung, aber extensiv. Das wird wahrscheinlich nur mit öffentlichen Zuschüssen möglich sein.

### **Südharz-Autobahn**

### **Autobahn Bremen – Gießen**

### **Bodenwerder**

### **Schnellbahn Hannover – Hildesheim**

### **Schnellstraßennetz**

### **Berum**

### **Naturschutzgebiete wertvolles Gut**

### **Vier Möglichkeiten für Brachflächen**

Pflege durch die öffentliche Hand; das wird kaum teurer werden als die vorige Möglichkeit, aber es wird schwierig sein, die Arbeitskräfte dafür zu beschaffen.

Die Landschaft sich selbst überlassen. Einige Jahre hindurch werden die Flächen ungepflegt und verwildert erscheinen, dann werden sich Büsche und Bäume einstellen, je nach den verschiedenen Standorten, und so könnte eine ausgeräumte und eintönige Landschaft sogar wieder den ursprünglichen, der Natur entsprechenden Zustand gewinnen.

Die Landesregierung gibt einige Hinweise auf dieses Problem auf Seite 9 ihres Berichtes.

Ähnlich steht es mit den Mooren, die uns von jeher beschäftigen. Ihre weitere Kultivierung scheint uns Vergeudung von Steuergeldern zu sein, weil der Landwirtschaft dadurch nicht geholfen werden kann, ihr im Gegenteil andere Flächen wesentlich billiger zur Verfügung gestellt werden können, falls wirklich noch Bedarf dafür besteht. So sollten z. B. im Abelitzmoor nördlich von Aurich 120 ha durch Tiefpflügen vom Fiskus kultiviert und dann an einen Siedler verkauft werden. Wie soll der arme Mann dabei auf seine Rechnung kommen? Kann es der Staat verantworten, mit ihm ein solches Geschäft zu machen? Auch in dieser Beziehung freuen wir uns, jetzt die Landesregierung auf unserer Seite zu haben, wie wir ihrem Bericht entnehmen.

Ein anderes Moorgelände sollte kurzerhand als Bombenzielgebiet ausgewiesen werden, nämlich ein Teil des Teufelsmoors zwischen Bremen und Bremervörde. Als das bekannt wurde, hat sich ein regelrechter Volksaufstand zur Verteidigung einer Landschaft ergeben, eine erfreuliche Verbindung zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Naturschützern. Ein besonderes Verdienst kommt dabei den „Freunden Worpstedes“ zu, die sich mit großem persönlichem und finanziellem Einsatz der Sache angenommen haben. Man kann nur den Kopf schütteln, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese von Malern und Dichtern gepriesene weltbekannte Landschaft dazu ausersehen wurde, zum Zielgebiet von Übungsbomben zu werden. Glücklicherweise ist der Plan inzwischen fallengelassen worden, doch ergibt sich die Frage, ob die Bundesrepublik nicht überhaupt zu eng geworden ist, um solchen großräumigen Truppenübungen noch Platz zu bieten. Das gilt ebenso für den Naturschutzpark Lüneburger Heide, dessen westlicher Teil immer noch von englischen Panzern verwüstet wird. Mehrere Millionen Menschen besuchen den Park jedes Jahr, und für ihre Erholung werden diese Flächen dringend gebraucht. Auf der anderen Seite sind die viel größeren Truppenübungsplätze Munster und Bergen-Hohne zum großen Teil bewaldet; hier sollte man den Wald beseitigen, das Gelände den Panzern überlassen und dafür den Naturschutzpark endlich wieder seiner ursprünglichen Bestimmung übergeben.

Erfreuliche Nachricht kommt aus dem Landkreis Ammerland, wo das Fintlandsmoor zum Naturschutzgebiet erklärt werden konnte. Die gesamte Entwässerung wurde unterbrochen und eine wissenschaftliche Untersuchung eingeleitet. Die Lebensgemeinschaften von Tier und Pflanze sollen erhalten und ihre ungestörte Weiterentwicklung gesichert werden. Überdies will der Landkreis die dem Naturschutzgebiet vorgelagerten Moorflächen kaufen und zum Landschaftsschutzgebiet erklären. Dasselbe gilt erfreulicherweise auch vom Otternhagener Moor im Bezirk Hannover und vom Ostufer des Steinhuder Meeres. Das sind wahrhaft gute Taten.

Ein ganz böses Kapitel ist dagegen die Beseitigung der immer größer werdenden Mengen an Müll. Selbst wenn ihn die Gemeinden geordnet abladen, werden vielfach Teiche, Baggerseen, Fluß- und Bachtäler dafür verwendet, wo Gefährdung des Trinkwassers durchaus möglich ist. Noch schlimmer ist das wilde Müllabladen in der freien Landschaft oder sogar in städtischen Parks; auf die Dauer wird man dem allen nur mit einem Bundesabfallbeseitigungsgesetz beikommen können. Auch darin stimmen wir mit der Landesregierung überein, wie wir ihrem Bericht entnehmen.

Ganz besonders erschreckend ist aber eine Zeitungsmeldung, in die Bundesrepublik seien 1970 rund 38 000 Tonnen Giftmüll importiert, davon fast die Hälfte über den Hamburger

**Moore**

**Teufelsmoor  
als Bombenzielgebiet**

**Immer noch britische Panzer in  
der Lüneburger Heide**

**Erfreuliche Nachrichten**

**Das böse Kapitel Müll**

Hafen. Nur ein Teil dieser Menge sei auf die ohnehin überfüllten Ablageplätze gebracht, verbrannt oder aufgearbeitet worden, über den Verbleib von 7000 Tonnen Giftmüll könne aber niemand Auskunft geben. Die Bundesregierung hat dazu erklärt, sie habe keine gesetzliche Möglichkeit, die Einfuhr giftiger Abfallstoffe zu verhindern, doch sollten entsprechende Regelungen in das in der parlamentarischen Beratung befindliche Abfallbeseitigungsgesetz aufgenommen werden. Das erscheint uns wieder einmal dringend nötig zu sein.

Da wir gerade von Giften sprechen, müssen wir wieder ein Wort sagen gegen das unsinnige Bespritzen von Straßenrändern, Eisenbahndämmen und Wasserläufen mit Giftstoffen, wie man es immer noch auf großen Strecken beobachten kann. Die Gräser sind gelb, die Kräuter verkrümmt und sterben langsam unter häßlichen Mißbildungen ab. Wo nicht gespritzt wird, entwickelt sich dagegen ein kräftig grüner, gesunder Rasen mit leuchtenden Blüten, der das Auge erfreut. Das Spritzen vernichtet vielfältiges Leben, verursacht Kosten und Zeitaufwand und ergibt unerwünschte Folgewirkungen eines Ausmaßes, das die betreffenden Leute nicht beurteilen und ganz sicher nicht verhindern können. So sind z. B. die Schmetterlinge dadurch weitgehend ausgerottet worden. Auch diese Feststellungen und Forderungen entsprechen wieder dem Bericht der Landesregierung.

Sehr bequem ist es auch, Bachläufe in der Landschaft in Betonbetten zu zwingen oder in Siedlungen unterirdisch durch Rohre zu führen. Ein Wasserlauf stellt immer ein lebendiges Element in der Natur und in der gebauten Umwelt dar; beide verarmen und werden langweiliger, wenn man es ihnen entzieht. Leider sind viele Menschen gleichgültig gegen solche Werte, und die Behörden haben kaum eine Handhabe zum Einschreiten.

Große Sorge macht auch die Wasserlandschaft an der niedersächsischen Küste. Gegen die Einleitung riesiger Schmutzmengen in den Dollart haben wir uns schon im vorigen Jahre gewandt, doch scheinen die niederländischen Nachbarn dabei bleiben zu wollen. Die Folgen sind ganz unübersehbar.

Nicht minder große Sorge bereitet auf die Dauer die Ballung der Industrie im Küstengebiet, die aus wirtschaftlichen Gründen von den Behörden so sehr begrüßt wird. Vielfach steht hier aber das gewaltige Potential der Industrie mit ihrer ganzen Stärke, ihrer Anziehungskraft und Werbewirksamkeit den lebensnotwendigen Forderungen des Umweltschutzes gegenüber. So sehr man die volkswirtschaftliche Bedeutung der Industrie anerkennen muß, ist hier aber doch das Interesse der Gesellschaft vor dasjenige der Wirtschaft zu stellen. Die betreffenden Firmen sollten durch Auflagen gezwungen werden, Mittel aufzubringen, um die Auswirkungen ihrer Ansiedlung zu erforschen. Es kommt darauf an, die Gefahren rechtzeitig zu erkennen und ihre schädlichen Folgen möglichst gering zu halten. Unsere Freunde an der Küste fordern ein besonderes Institut für die Umweltforschung im dortigen Gebiet, doch scheint es uns richtiger zu sein, einem solchen Institut für das gesamte Land die nötige Unterstützung zu geben. Es besteht die ernste Gefahr, daß die südliche Nordsee und ihre Zuflüsse als Lebensraum für Tier und Mensch verloren gehen.

Daß im übrigen die Küste ein weiträumiges Erholungsgebiet für zahllose Menschen ist, hat noch nirgends Widerspruch gefunden, sondern wird selbstverständlich als ein wertvolles Geschenk der Natur betrachtet. Immerhin muß sich der Mensch aber hier wie überall bewußt sein, daß er nicht allein auf der Welt ist, sondern daß auch andere Geschöpfe Lebensrecht haben. Besonders in einem wertvollen Naturschutzgebiet muß man dem Menschen zumuten, es zu achten und sich zurückzuhalten. Das ist aber ganz bestimmt nicht der Fall bei den Plänen, aus dem Knechtsand ein großes Strandbadzentrum zu machen, das mit Motorbooten und Sessellift erreicht werden soll. Hier ist das Zusammenleben von Tier und Mensch völlig ausgeschlossen. Auf dem Knechtsand versammeln sich jedes Jahr weit über hunderttausend Brandgänse aus einem riesigen Umkreis, um dort zu mausern. Während dieser Zeit können sie nicht fliegen und sind sehr scheu; sie brauchen große Flächen, um zu ruhen und ihre Nahrung zu suchen. Deshalb haben die Engländer vor anderthalb Jahrzehnten den Knechtsand als Bombenziel aufgegeben. Wenn jetzt dort umfangreiche Pfahlbauten und der erwähnte Sessellift für den Erholungsverkehr geschaffen werden, so ist es mit den Brandgänsen, aber auch mit vielen anderen Vogelarten, die dort vorkommen, zu Ende. Hier muß der Mensch den Tieren das Feld überlassen. Eine andere Entscheidung wäre unverantwortlich und nicht zu vertreten.

## **Bespritzen mit Giftstoffen**

## **Bachläufe schonen**

## **Sorgen an der Küste**

## **Ballung der Industrie im Küstengebiet**

## **Widerspruch gegen Knechtsand-Pläne**

Erfreulicherweise hat der Herr Kultusminister inzwischen bekundet, der Knechtsand solle nicht für den Fremdenverkehr freigegeben werden, sondern weiterhin das größte Naturschutzgebiet Niedersachsens bleiben.

Von der Nordsee wenden wir uns dann einigen Binnenseen unseres Landes zu, und zwar zunächst dem **Steinhuder Meer**. Wir hören gern die Pläne der zuständigen Behörden, man wolle die Wassergüte erhalten und verbessern, vor allem die Abwässer mehrerer Gemeinden, die bisher in das Meer eingeleitet wurden, von ihm fernhalten.

## **Steinhuder Meer**

Eine dicke Akte aber hat sich bei uns angesammelt über die **Bebauung des Nordufers**, dessentwegen es harte Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit gegeben hat. Wir haben uns den beteiligten Behörden gegenüber ausführlich dazu geäußert und erwähnen daraus nur folgendes: Hochhäuser würden eine völlige Veränderung des Landschaftsbildes bedeuten, das hier noch in guter Weise erhalten ist. Die wertvollsten, in voller Tiefe erschließbaren öffentlichen Grundstücke würden verbraucht und damit für notwendige Erholungsanlagen im Interesse der Allgemeinheit blockiert. Grundsätzliche Bedenken müßten erhoben werden gegen die Übereignung von öffentlichen Flächen an rein wirtschaftlich orientierte Planungs- und Baubetreuungsunternehmungen. Erst wenn eine Gesamtkonzeption für Bedarf und Möglichkeiten an Erholungseinrichtungen vorliege, könne man sich überlegen, welche Bauten und andere Einrichtungen zu schaffen seien. Offenbar sind Erörterungen im Gange, eine vernünftige Lösung zu finden.

Für den **Dümmer** mußte das Badeverbot bestehen bleiben, weil die Verschmutzung des Sees durch die Hunte immer noch übermäßig stark ist. Es wird auf die Einsicht der Anlieger diesseits und jenseits der niedersächsischen Landesgrenze ankommen, ob es gelingen wird, den Dümmer zu erhalten. Kläranlagen und eine Rohrleitung um den See herum sind im Bau, ein Verein „Naturpark Dümmer“ soll gegründet werden. Ein Schreiben des Regierungspräsidenten in Hannover schloß mit den Worten: „Der Dümmer ist und bleibt ein Segler-, Vogel- und Naturparadies!“ Also: Wir heißen euch hoffen!

## **Dümmer**

Auch die **Binnenseen in Ostfriesland** machen uns Sorge. Wilde Bebauung durch Wochenendhäuser und das Befahren der Wasserflächen mit Motorbooten führen zur Zerstörung von Fauna und Flora, aber auch des Erholungswertes der Landschaft. Hier müßten die Behörden unbedingt eingreifen.

## **Binnenseen in Ostfriesland**

Eine schlimme Sache ist auch die außerordentliche Vermehrung von **Massentierställen**. Sie belästigen weithin durch Geruch, Lärm und Staub, machen das Wohnen in ihrer Umgebung zur Qual und vertreiben jeden Erholungssuchenden. Die gestörten Landschaftsräume werden dadurch noch größer, daß die Gülle dieser unzähligen Tiere auf das Umland verteilt wird und oft zu einer Übersättigung an Ammoniak führt, die schwere Folgeschäden verursacht. Wieder einmal sind besondere Maßnahmen nötig, um solche Betriebe so schonend wie möglich anzusiedeln.

## **Massentierställe**

In mehreren Fällen ist dagegen eine erfreuliche Entwicklung zu beobachten. Der Landkreis **Aschendorf-Hümmling** hat einen Landschaftsrahmenplan aufgestellt, der eine Bestandsaufnahme, deren Auswertung und schließlich die Entwicklung in guter Weise regelt. Der Kreis hat einen Zuschuß an Landesmitteln beantragt, der hoffentlich recht bald zur Verfügung gestellt wird.

## **Landkreis Aschendorf-Hümmling**

Auch für den **Drömling** ist ein Entwicklungsplan aufgestellt worden, der nun erwarten läßt, daß keine wasser- und forstwirtschaftlichen Maßnahmen mehr ergriffen werden, die den eigentümlichen und wertvollen Bestand dieser Landschaft gefährden. Offenbar ist eine Einigung aller Beteiligten erzielt worden; man sieht, es geht, wenn man nur will.

## **Drömling**

Ähnliche Gedanken sollte man sich auch über den **Ausbau der Oker** im Raum Braunschweig machen. Wie wir hören, besteht wieder einmal die Absicht, den Flußlauf für einen hohen Millionenbetrag zu kanalisieren. Wahrscheinlich wäre es billiger, den Landwirten die dauernd überfluteten Flächen abzukaufen und Erholungsgebiete daraus zu machen; damit könnte der lebendige Fluß erhalten werden, allenfalls käme auch ein Stausee in Betracht. Sicherlich wäre der Landschaft und den Bauern auf diese Weise am besten geholfen.

## **Ausbau der Oker**

Überhaupt sollte man den vor langer Zeit unter ganz anderen Verhältnissen und Bedingungen aufgestellten Aller-Leine-Oker-Plan noch einmal durchdenken und sich fragen, ob er im Zeitalter der landwirtschaftlichen Überproduktion wirklich noch zeitgemäß ist. Die Regulierungsarbeiten müssen zwangsläufig charakteristische Landschaftsformen, vor allem Flußauen und Flußmarsch mit ihrer Flora und Fauna, nahezu vernichten. Noch ist es Zeit, einige typische Flußabschnitte mit Brutplätzen seltener Sumpfvögel sowie mit Rastplätzen durchziehender und überwinterner Wasservögel zu retten. Einzelheiten können von den Fachleuten jederzeit vorgeschlagen werden.

## **Aller-Leine-Oker-Plan**

Der Landkreis Gifhorn, zu dem auch der Drömling gehört, hat wertvolle Gebiete teils gekauft, teils gepachtet, vor allem auch in dem besonders schönen Naturschutzgebiet „Heiliger Hain“ Gefahren der Flurbereinigung abgewendet.

## **Landkreis Gifhorn**

Das Niedersächsische Landeskulturamt teilt uns erfreulicherweise mit, man bemühe sich bei der Flurbereinigung in den Kreisen Uelzen und Lüchow-Dannenberg ganz besonders um den Schutz und die Ausgestaltung des Landschaftsbildes. U. a. würden zahlreiche bronzezeitliche Hügelgräber erhalten und umfangreiche Schutzpflanzungen vorgenommen. Solche Bekundungen hören wir gern, dieselben Grundsätze sollten überall angewandt werden!

## **Landeskulturamt**

Dieselbe Flurbereinigung hat aber im Landkreis Lüneburg Sorgen ausgelöst, weil Anpflanzungen weichen und Wasserläufe verlegt werden. Die Landschaft wird ausgeräumt und verliert das ursprüngliche Bild; durch gezielte Pflegemaßnahmen müßte ihr ein neues Gesicht verliehen werden.

## **Landkreis Lüneburg**

Der Naturpark Elbufer-Drawehn dort in der Nachbarschaft wird leider nur zögernd ausgebaut. Die Zuwendungen dafür müßten beträchtlich erhöht werden.

## **Naturpark Elbufer-Drawehn**

Hinsichtlich der Tauben Elbe bei Hitzacker haben wir uns schon im letzten Jahre dafür ausgesprochen, sie nicht einzudeichen, um wieder einmal ganz ungenügende landwirtschaftliche Nutzflächen zu gewinnen, sondern sie als wichtiges Naturschutzgebiet zu erhalten. Wir haben uns deshalb an den Landwirtschaftsminister und schließlich auch an den Landtag gewandt, von beiden aber nur unverbindliche, hinhaltende Bescheide bekommen. Es liegt uns deshalb daran, unsere Bedenken zu erneuern.

## **Eindeichung der Tauben Elbe**

Die zweite Ölschlammgrube im Landkreis Burgdorf wird hoffentlich bald keine Todesfalle für Tiere mehr sein; der Oberkreisdirektor hat uns erklärt, es geschehe alles, um die Beseitigung zu erreichen.

## **Zweite Ölschlammgrube im Landkreis Burgdorf**

Über den Verkauf eines Landschaftsschutzgebietes bei Misburg an ein Zementwerk haben wir uns zweimal in der Roten Mappe geäußert. Inzwischen haben wir gehört, es solle sich dabei nur um einen ganz kleinen Teil des Landschaftsschutzgebietes handeln; in den nächsten Jahrzehnten werde überdies kein Mergelabbau erfolgen, bis dahin stände das Gelände der Allgemeinheit voll zur Verfügung, und für die Zeit nach dem Abbau sei die Rekultivierung durch Auflagen gesichert. Danach können wir nun wohl unsere Sorge zurückstellen.

## **Misburg**

In der Nähe des Dorfes Esperke im Kreise Neustadt am Rübenberge wird ein Feriendorf mit 400 Wohnungen geplant; wenn es in Anlehnung an den Ortsrand errichtet wird, so ist dagegen nichts einzuwenden, wohl aber falls es in das Landschaftsschutzgebiet verlegt werden soll, in dessen unmittelbare Nähe das Naturschutzgebiet „Blankes Flaat“ gehört. Das wären wieder Eingriffe in ein Landschafts- und Naturschutzgebiet, die nicht gutgeheißen werden können.

## **Esperke**

Ähnlich will auch Barsinghausen am Deister in einem Waldgebiet, das unter Landschaftsschutz steht, Wohnhäuser errichten lassen. Welch eine robuste Denkweise geht aus derartigen Planungen hervor! Man sollte die Ausführung auf jeden Fall verhindern!

## **Barsinghausen**

Ein schweres Problem stellen auch die Zentren der Erholungsgebiete dar. Als solche werden gewisse Flächen im Landesraumordnungsprogramm ausgewiesen, auf industrielle Arbeitsplätze soll dort verzichtet, dafür aber eine wirtschaftliche Belebung durch den Fremdenverkehr erreicht werden. Die Folgen sind Ferienwohnungen, Zweitwohnungen, Campingplätze, Freizeit- und Erholungsstätten. Da Grund und Boden Mangelware sind, werden jene Wohnungen in Form von Hochhäusern geplant, wie es allenthalben zu beobachten ist; in Verbindung mit dem Massenbetrieb und dem Massentourismus ändern sie das bisherige Bild und den Charakter der geplanten Erholungsgebiete unweigerlich. Um so mehr wird es darauf ankommen, das umgebende Land von Bebauung und anderen Freizeitstätten freizuhalten und dort die Natur unverändert zu bewahren. Die Landesregierung sollte entsprechende Richtlinien herausgeben, um das sicherzustellen.

Besonders im Harz und in Norderney haben wir erhebliche Sorge wegen des weitgehenden Wandels, den diese großen Erholungsgebiete durch den Bau von riesigen Hotels erfahren werden. Gewiß war dort manches neue gute Hotel fällig, aber es ist doch zu fragen, ob jetzt nicht gleich in das andere Extrem verfallen und bei weitem zuviel getan wird. Irgendwo liegt die Grenze für Menschenmassen, die man einem Naturgebiet zumuten kann, und wenn diese Massen dann noch in bestimmten großen Bauten zusammengeballt werden, dann steigen die Schäden beträchtlich. Überdies sollte man die Bauwerke so gestalten, daß sie den Menschen nicht regelrecht von der Natur abschneiden und eine optische Belästigung darstellen.

In Altenau soll eine Seilbahn auf den Bruchberg gebaut werden, ein bisher unberührtes Naturschutzgebiet. Auf der Höhe befindet sich ein Hochmoor, das für mehrere Wissenschaftszweige wichtig und für das stille Erleben der Natur sehr eindrucksvoll ist. Wir sind deshalb durchaus gegen den Bau dieser Bahn.

Auch unser altes Sorgenkind Wurmberg bei Braunlage macht wieder von sich reden. Ein großer Turm als Anreiz für neue Besuchermassen wird geplant, ausgerechnet auf jenem Gipfel, der durch seine prähistorischen Anlagen eine so geheimnisvolle Bedeutung hat. Offenbar verhält sich aber schon die Stadtverwaltung ablehnend; wir hoffen sehr, daß es dabei bleibt.

Die Auseinandersetzungen um das Gebiet Hainholz und Beierstein zwischen Naturschutz und Gipsindustrie sind immer noch nicht beendet. Die Entscheidung liegt jetzt bei der Obersten Naturschutzbehörde und wird dann vielleicht noch die Gerichte beschäftigen. Wir wiederholen unseren Appell, dieses von der Natur und von der Urgeschichte aus so besonders wertvolle Gelände auf keinen Fall zum Gipsabbau freizugeben, zumal dafür andere Landflächen vorhanden sind.

Alarmnachrichten haben wir auch wieder bekommen hinsichtlich des Hohen Hagens bei Dransfeld, denen zufolge der Basaltbruch jetzt in den Raum Hengelsberg-Brunnsberg erweitert werden soll, also in den Naturpark Münden. Erfreulicherweise erklärt uns der Landkreis Münden, er habe den entsprechenden Antrag abgelehnt, weil die Landschaft nicht zerstört und das Grundwasser nicht gefährdet werden dürfe. Darüber freuen wir uns sehr.

Wenn wir dann auf das Gebiet der Bodendenkmalpflege eingehen dürfen, so scheint uns die wichtigste Notwendigkeit zu sein, endlich die fehlende gesetzliche Grundlage zu schaffen, nach der die Prähistoriker seit langem rufen und die auch jetzt wieder viele Zuschriften aus dem ganzen Lande als dringend erforderlich erklären. Unerträglich ist das Nebeneinander der verschiedensten Behörden ohne gegenseitige Abstimmung; so kommt es dazu, daß Landschaftsteile auf Antrag von Landwirten mit staatlichem Zuschuß kultiviert, dabei aber urgeschichtliche Hügelgräber zerstört werden, ohne daß die Prähistoriker irgend etwas davon wissen. Beispiele werden uns namentlich aus den Landkreisen Grafschaft Hoya und Grafschaft Bentheim gemeldet.

Im Oldenburger Lande hat man Sorge um das Oldenburgische Denkmalschutzgesetz von 1911, demgegenüber es auch nach einer Gebietsreform keine schlechtere Lösung geben

## **Zentren der Erholungsgebiete**

### **Manhattan im Harz und in Norderney**

### **Altenau**

### **Wurmberg**

### **Hainholz und Beierstein**

### **Hoher Hagen**

### **Bodendenkmalpflege, immer noch fehlendes Gesetz**

dürfe. Auch das ist ein weiterer Grund dafür, ein gutes neues Gesetz für das ganze Land endlich zu schaffen.

Ein beinahe krimineller Fall hat sich in **Lehmke** hier in der Nähe von Uelzen ereignet. Dort befand sich als Eigentum des Landes Niedersachsen ein noch unberührtes Großsteingrab mit mächtigem Deckstein, der mit muldenförmigen Vertiefungen kultischer Bedeutung übersät war. Ein Bauer stellte den Antrag, das großartige Denkmal zu beseitigen und ihm das Stückchen Land als zusätzlichen Acker zur Verfügung zu stellen, doch wurde das von der zuständigen Behörde selbstverständlich abgelehnt und er noch einmal besonders darauf aufmerksam gemacht, die Grabanlage gehöre nicht ihm, sondern dem Lande Niedersachsen und dürfe auf keinen Fall beeinträchtigt werden. Trotzdem hat der Bauer die Steine mit schwerem Gerät aus dem Boden gerissen und beiseite geschafft, den Grabhügel überpflügt und mit Getreide bestellt. Ein Strafverfahren ist eingeleitet worden.

### **Krimineller Fall in Lehmke**

Ganz im Gegensatz dazu hat ein Bauingenieur in **Nahne** bei Osnabrück gehandelt; beim Aushub einer Baugrube wurde ein Großsteingrab entdeckt, das oberflächlich nicht mehr zu erkennen gewesen war. Die Baufirma hat daraufhin die Arbeiten eingestellt und den Fund gemeldet; das Grab wird nun untersucht. Es ist erfreulich, einen solchen Fall von Aufgeschlossenheit zu erfahren.

### **Vorbildliches Handeln in Nahne**

Erst nach Erhalt dieser Meldung haben wir gehört, daß der erwähnte Bauingenieur ein an Jahren junger, aber an Zusammenarbeit mit uns alter Freund ist, der viele unserer Lehrgänge mitgemacht hat: Helmar Lehr aus Osnabrück. Wir freuen uns darüber ganz besonders und nennen seinen Namen an dieser Stelle ehrenvoll und mit Anerkennung.

Über ein Großsteingrab im Kreis Aschendorf-Hümmling haben wir uns im letzten Jahr geäußert, nämlich über dasjenige bei **Ostenwalde**. Die Verlegung im Interesse einer Straßenführung ist beschlossen worden; es wird vorher wissenschaftlich untersucht und dann etwas abseits von der alten Stelle in der ursprünglichen Weise wieder aufgebaut. Der Landkreis hat sich darum große Mühe gegeben, das wollen wir gern anerkennen, aber es darf nun kein Freibrief daraus werden, etwa auch noch andere Bodendenkmäler zu „verlegen“; was man neu aufbaut, ist eben doch nur ein Modell, dem die Seele fehlt.

### **Ostenwalde**

Der Ankauf von Großstein- und Hügelgräbern durch die öffentliche Hand ist eine dringende Notwendigkeit, um diese immer weiter schwindenden Zeugnisse der Vergangenheit zu erhalten. Die Landesregierung sollte das so sehr wie möglich durch Zuschüsse unterstützen. Dies um so mehr, als die Bodendenkmalpflege ohnehin von der insoweit wenig mütterlichen Landesregierung als vernachlässigtes Stiefkind betrachtet wird, das überhaupt nur bei der Amme Lottomittel noch einigermaßen die zum Leben nötige Milch saugen kann. Das aber ist eine alte Geschichte.

### **Großstein- und Hügelgräber kaufen!**

Wir verlassen die Bodendenkmalpflege und wenden uns dem umfangreichen Gebiet **Städtebau und Baudenkmalpflege** zu.

### **Städtebau und Baudenkmalpflege**

Der Bundestag hat nun das **Städtebauförderungsgesetz** verabschiedet; wir begrüßen das sehr und knüpfen große Hoffnungen daran, können aber auch die Sorge nicht verschweigen, daß seine Handhabung mancherlei Schaden anrichten wird. Bekommen die Gemeinden plötzlich Geld, so könnte gar zu leicht zunächst einmal ein großes Abbrechen beginnen, dem dann auch wertvolle alte Bauten zum Opfer fallen. Auf jeden Fall müßten der geschichtliche und architektonische Wert und der Erhaltungszustand des Bauwerks geprüft werden. Es hat in Niedersachsen schon mehrere Fälle gegeben, in denen solche Dinge unglücklich angefaßt worden sind, z. B. auch in **Hornburg**, das wir im vorigen Jahre noch besonders gelobt haben.

### **Städtebauförderungsgesetz richtig anwenden!**

**Altstadtsanierung** ist ein schwieriges Beginnen; sie sollte nicht Varianten verbauen, die sich im Laufe der Zeit etwa ergeben könnten, und sie sollte es als oberstes Gesetz betrachten, die Maßstäbe der historischen Bauten zu wahren. Gegen den Druck einzelner Interessenten ist auf jeden Fall ein **Ortsstatut** ein wichtiges Hilfsmittel.

### **Ortsstatute erlassen!**

Viele Gemeinden haben Hemmungen, es zu erlassen, aber sie ahnen nicht, was sie damit aus der Hand geben. Das Statut kann großzügig gehandhabt werden, aber es muß zunächst einmal das Recht der Gemeinde festsetzen, die Dinge zu regeln.

Mühsam ist es oft, historischen Bauten eine neue Nutzung zu geben. Man hört vielfach, es sei billiger und einfacher, neu zu bauen, als ein altes Bauwerk entsprechend herzurichten. Das ist sicher manchmal der Fall, aber keineswegs immer. Viele öffentliche oder private Aufgaben kommen für solche Gebäude in Frage, und oft ist es möglich, die sichtbare Tradition mit der Gegenwart zu verbinden.

Auf jeden Fall sollten es die örtlichen und bezirklichen Heimatvereine und die einzelnen Freunde unserer Bestrebungen als eine wichtige Aufgabe betrachten, wertvolle Bauten ihres Arbeitsgebietes durch Lichtbilder oder Zeichnungen zu erfassen. Wir wissen, daß es in vielen Fällen schon geschieht, regen aber an, es ganz systematisch überall zu betreiben. Die so entstehenden Sammlungen sollten zusammengefaßt und auch dem Landeskonservator gemeldet werden; er würde dann eine Auswahl für die gemeinsame Arbeit zusammenstellen.

Die Stadt Hannover bereitet eine Satzung zum Schutze der Baudenkmale und ihrer Umgebung vor. Der Text soll die verfahrensmäßige und die materielle Seite regeln; ein Anhang stellt diejenigen Objekte zusammen, die einstweilen von dieser Regelung erfaßt werden sollen; sie enthält auch Bauten des 19. und sogar des 20. Jahrhunderts. Die interessierten Verbände, darunter auch wir, haben Gelegenheit gehabt, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Insgesamt gibt damit die Landeshauptstadt ein erfreuliches Beispiel, dem sich möglichst alle anderen niedersächsischen Städte anschließen sollten!

In Hildesheim verfolgt der Landeskonservator mit großer Sorge den Plan, den Kennedydamm über den Lappenberg weiterzuführen. Dazu müßten baugeschichtlich wertvolle Fachwerkhäuser, die den Bombensturm überstanden haben, abgerissen werden, und das wäre nicht zu verantworten. Überdies schreiben uns Einwohner der Stadt, in der Nähe des Galgenberges sollten 16geschossige Hochhäuser gebaut und damit jenes wertvolle Erholungsgebiet schwer beeinträchtigt werden. Das scheint uns mindestens problematisch zu sein.

In Bückeberg gibt es viel Unruhe um eine geplante Straße durch den Schloßpark und hohe Bauten, die dort errichtet werden sollen. Der Regierungspräsident und der Landeskonservator befassen sich mit der Angelegenheit, die Stadtverwaltung hat einen neuen Stadtplaner beauftragt. Hoffentlich gelingt eine glückliche Lösung! -Zwei alte wertvolle Bauwerke hat die Stadt gekauft und einer neuen Verwendung zugeführt. Das ist eines der vielen Beispiele dafür, wie man es machen kann.

In Göttingen bewegt die geplante Altstadtsanierung ebenso wie in anderen Städten die Gemüter. Namentlich der beabsichtigte Abriß des Viertels westwärts der Johanniskirche wird von unseren Freunden beanstandet, weil es eine ganz besondere Atmosphäre hat und Häuser aufweist, in denen bedeutende Männer gelebt haben. Wir wissen, daß sich die Stadt bemüht, das Gesamtbild zu erhalten; möge es auch hier gelingen.

Für Hann. Münden konnten wir im vorigen Jahre erfreut melden, es sei gelungen, die Wasserfront der Stadt zu erhalten, die zunächst durch die sogenannte „Umkanalisierung“ der Fulda gefährdet zu sein schien. Jetzt aber geht es um die Landfront der Stadt. Bis heute schaffen die grünen Wallanlagen einen wertvollen Respektabstand zwischen der mittelalterlichen Altstadt und den Neubaugebieten, zugleich bilden sie einen wichtigen Grüngürtel innerhalb der eng bebauten Flächen. Jetzt kommt der Gedanke auf, auch dieses Stück Stadtlandschaft dem Verkehr zu opfern und eine Straße daraus zu machen. In Köln hat Konrad Adenauer als damaliger Oberbürgermeister hart um den Grüngürtel der Stadt gekämpft und ihn gegen viele Widerstände erhalten. Heute ist die gesamte Bürgerschaft ihm dankbar dafür. Ebenso muß auch Hann. Münden für seinen Wall kämpfen, zumal das Verkehrsproblem durch diese Straße ohnehin nicht gelöst werden könnte.

Der Landkreis Gifhorn meldet schwere Schäden an der Schloßkapelle und dem Ratsweinkeller, zwei wertvollen Bauten aus dem 16. Jahrhundert, die unbedingt erhalten bleiben müssen. Der Kreis und die Stadt wenden erhebliche Mittel zur Abhilfe auf, brauchen aber dringend auch angemessene Landesmittel dafür.

**Wertvolle Bauten dokumentieren!**

**Gute Satzung in Hannover**

**Hildesheim**

**Bückeberg**

**Göttingen**

**Hann. Münden**

**Gifhorn**

Besondere Fürsorge läßt auch der Landkreis Bersenbrück seinen denkmalwerten Bauten angedeihen. Die Klöster in Bersenbrück und Malgarten sowie das Stift Börstel wurde oder werden instand gesetzt, doch braucht auch dieser Landkreis Landesmittel zur Hilfe.

## **Bersenbrück**

In diesen und ähnlichen Fällen ist es gelungen, den historischen Bauten die unbedingt nötige neue Nutzung zu geben. Das ist auch gelungen bei einem alten Adelshof in Celle, der durch ein Hotel ausgezeichnet verwertet worden ist, und beim Schloß Schöningen, das ein Handwerker vor dem Verfall bewahrt und gut instand gesetzt hat.

## **Celle und Schöningen**

Das Juleum, das wertvolle Renaissance-Gebäude der alten Universität Helmstedt, dessen wir schon im letzten Jahre gedacht haben, ist nun ganz wiederhergestellt. Es bildet einen Mittelpunkt für das kulturelle Leben der Stadt und weiter Kreise darüber hinaus, doch müßte nun auch die von uns schon im letzten Jahre gegebene Anregung befolgt werden, die Umgebung des Bauwerks ebensogut instand zu setzen.

## **Helmstedt**

Sonst aber gibt es eine ganze Reihe von Sorgenkindern des Landes, so die Schlösser Stadthagen, Liebenburg und Achim, die Klosterruinen Walkenried und Riechenberg sowie die Burgruinen Scharzfels und Plesse. Ganze Bauteile sind brüchig und lösen sich ab, manche drohen in die Tiefe zu stürzen und bringen Besucher in Lebensgefahr. Wieder einmal muß an das Land Niedersachsen appelliert werden; wir wiederholen, was wir schon seit Jahren immer wieder gefordert haben, nämlich dem Landeskonservator erheblich größere Mittel zur Verfügung zu stellen, damit er wenigstens den dringenden Schäden abhelfen kann.

## **Sorgenkinder des Landes**

Lauenstein am Ith war früher einmal einer der schönsten und reizvollsten Orte in Niedersachsen; nicht umsonst hat sich unser langjähriger verdienstvoller Vorsitzender, der verstorbene Generaldirektor Heinz Appel, gerade hier angesiedelt. Jetzt sind dort scheußliche Neu-, Um- und Anbauten errichtet worden; auf dem Grundstück der Knabenburg, die dem Gründer der deutschen Heimatbewegung gehörte, hat man einen häßlichen Schuppen errichtet, die alten Fachwerkhäuser werden mit Platten aus Asbestzement verkleidet, das wertvolle alte Amtsrichterhaus soll abgerissen werden, und überdies ist neuerdings der ganze Ort von einem oberirdischen Leitungsnetz überzogen und dadurch verschandelt worden. Wie gut, daß Heinz Appel das alles nicht mehr erlebt!

## **Lauenstein**

Für einige Rundlinge im Hannoverschen Wendland kämpft der zu ihrer Erhaltung gegründete Verein tapfer und selbstlos. Wir werden morgen die Gegend besuchen und damit unserem besonderen Interesse Ausdruck verleihen. Die Rundlinge bilden ja auch schon seit langer Zeit ein immer wiederkehrendes Thema unserer Roten Karte.

## **Rundlinge**

Von den Museen unseres Landes wollen wir in diesem Jahre nur eines erwähnen, das aber um so nachdrücklicher, nämlich das Museumsdorf in Cloppenburg. Vor zehn Jahren hat das Land Niedersachsen es als rechtsfähige Stiftung in seine Obhut übernommen, gewährt ihm aber trotz ständig steigender Kosten nur denselben Zuschuß wie damals. Es wird dankbar anerkannt, daß in diesem Jahre zum ersten Mal ein erhöhter Zuschuß geleistet worden ist, aber auch er reicht nicht annähernd aus, den weiteren Ausbau, die Erhaltung der vorhandenen Gebäude und die Kosten der Verwaltung zu decken. Bäuerliche Kulturdenkmale geraten immer mehr in die Gefahr, vernichtet zu werden und damit für alle Zeiten verlorenzugehen, also sollte die Stiftung mehr ankaufen können als bisher, aber daran ist überhaupt nicht zu denken. Sie kann im Gegenteil vier Planstellen nicht wieder besetzen und muß auch sonst überall knausern und verzichten. Das geschieht bei 200 000 Besuchern im Jahr, wie sie kein anderes kulturhistorisches Museum in Niedersachsen erreicht. Sogar das ärmere Nachbarland Schleswig-Holstein tut wesentlich mehr. Wir setzen uns mit allem Nachdruck für eine schnelle, wirksame Förderung dieses wertvollen und wichtigen Instituts ein.

## **Museumsdorf in Cloppenburg**

Über die Pflege der plattdeutschen Sprache hören wir aus dem Oldenburger Land, dort hätten sich die plattdeutschen Lese- und Vertellselwettbewerbe an den Schulen

## **Pflege der plattdeutschen Sprache**

und die Arbeitstagungen des Schrieverkrings, der plattdeutsch schreibenden Autoren aus dem Raum Weser-Ems, sehr bewährt. Auch die plattdeutsche Literatur habe bereichert werden können.

Die Stadt Oldenburg berichtet, die Pflege der plattdeutschen Sprache und Literatur habe im besonderen Mittelpunkt der Oldenburg-Tage 1971 gestanden.

Sonst aber können wir nur die Forderung des Deutschen Heimatbundes unterstützen: „Mehr Lehrstühle fürs Niederdeutsche!“ Sie sollten an allen norddeutschen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen errichtet, und Lehrkräfte für Niederdeutsch müßten Mitglieder der staatlichen Prüfungskommissionen für die deutsche Sprache werden. Auch die Forschung auf diesem Gebiet sei stärker zu fördern. Erfreulicherweise hat auch ein Landtagsabgeordneter eine entsprechende Anfrage an die Landesregierung gerichtet.

**Mehr Lehrstühle  
fürs Niederdeutsche!**

Eine regelrechte Falschmeldung ist uns im letzten Jahr unterlaufen, und zwar hinsichtlich des Norddeutschen Rundfunks. Man hatte uns mitgeteilt, Hamburg habe die Niederdeutsche Abteilung aufgelöst, doch hat sich das dann als gegenstandslos herausgestellt. Wir entschuldigen uns deshalb gern beim Norddeutschen Rundfunk in aller Form und geben ganz im Gegenteil unserer Freude darüber Ausdruck, daß auch weiterhin die gewohnten guten plattdeutschen Sendungen ausgestrahlt werden.

**Norddeutscher Rundfunk**

Wir haben überhaupt Veranlassung, uns auch in diesem Jahre wieder bei den sogenannten „Massenmedien“ für vielerlei Hilfe zu bedanken. Darauf können wir hoffentlich auch in Zukunft rechnen, wir werden uns jedenfalls mit der Öffentlichkeitsarbeit alle Mühe geben.

Die Jugend in unseren Reihen hat dieses Jahr einen schönen Beweis für kräftige Mitarbeit geliefert. Ein Seminar in Wangerooge für „Landesforschung, Raumplanung und Umweltschutz“ war ein voller Erfolg, wir hatten weit mehr Anmeldungen, als wir bewältigen konnten, und waren daher in der Lage, den Teilnehmerkreis besonders glücklich zusammensetzen. Wir danken denjenigen unserer jungen Freunde, die sich um Vorbereitung und Durchführung des Seminars neben anstrengender Berufsarbeit so viel Mühe gegeben und uns damit die Zuversicht verschafft haben, daß es auch junge Menschen gibt, die unser Gedankengut aufnehmen.

**Gutes Jugendseminar  
in Wangerooge**

Eines allerdings müssen wir klar erkennen: Der Begriff Heimat wird jungen Leuten immer fremder, aber für den Begriff Umweltschutz sind sie bereit, auf die Barrikaden zu gehen. Das sollten wir uns sehr durch den Kopf gehen lassen!

Meine Damen und Herren, alles das, was wir Ihnen heute vorgetragen haben, sind ernste, ja vielfach sogar bitterernste Dinge, zum Teil auch halbe Sachen, die uns immer noch quälen, obwohl man uns vor zwei Jahren im Wahlkampf versprochen hat: „Keine halben Sachen mehr!“

**Neuer Appell an die  
Landesregierung:  
Keine halben Sachen mehr!**

Auch für Uelzen haben wir ernste Probleme bedacht und behandelt. Um so mehr freuen wir uns, hier nun in einer Stadt zu sein, in der seit Jahrhunderten der Humor zu Haus ist. Die lustigen Geschichten, die über Till Eulenspiegel erzählt werden, spielen dreimal in Uelzen, und das ist mehr, als es irgendeine andere Stadt verzeichnen kann. Auch das so liebevoll erzählte und sogar durch ein Denkmal an St. Marien verkörperte Döntje vom Ulenköper beweist, daß man in Uelzen zu lachen versteht, sogar auf eigene Kosten, ein besonders sympathischer Zug.

**Erfreulicher Humor in Uelzen**

Die Uelzener zeigen die Eule aber auch auf ihren Stadtprospekten und taten es während des Jubiläumsjahres auf großen Schildern, die den Gast begrüßten. Zwischen dieser Eule und manchem hier im Saal gibt es einige Ähnlichkeiten: Sie trägt einen schwarzen Anzug, blickt wise durch große Brillengläser und verbeugt sich höflich. Nur in einigen Beziehungen unterscheidet sie sich von uns: Sie hat einen spitzen Schnabel und scharfe Krallen, die wir uns zwar manchmal wünschen, auf die wir aber leider verzichten müssen, sie schwenkt einen

Zylinderhut, mit dem sich von uns wohl niemand mehr bekleidet, und trägt einen roten Schlips, der bei uns nicht immer vorkommt. Dafür aber nehmen wir diese Farbe mit unserer Roten Mappe auf, und damit ist die Harmonie hoffentlich auch in diesem Falle hergestellt.

Im Geiste schwenken wir den nicht vorhandenen Zylinder ebenso tief, wie jene Eule es tut, verbeugen uns nicht minder höflich und danken den lieben Uelzern, die so geistreich Scherz und Ernst miteinander zu verbinden wissen, noch einmal in aller Herzlichkeit dafür, daß sie uns eingeladen haben.